

# Mit Stiftungen gesellschaftlichen Wandel gestalten

**Am Beginn des 21. Jahrhunderts sind wir mit einer Reihe von globalen Herausforderungen konfrontiert: Den Klimawandel einzudämmen, Hunger und Armut zu überwinden sowie Freiheit und Demokratie gegen Angriffe religiöser Fundamentalisten und gegen einen ausufernden Sicherheitsstaat zu verteidigen. Dabei werden große Hoffnungen auch auf Stiftungen gesetzt.**

Worauf aber gründet sich diese Hoffnung? Stiftungen wird nachgesagt, dass sie mutig dort Verantwortung übernehmen, wo der Staat zu langsam und zu bürokratisch ist und zu sehr auf den Ausgleich gesellschaftlicher Pole bedacht ist. Historisch betrachtet handelt es sich bei Stiftungen allerdings um Gebilde, die fast immer dazu dienten, die gesellschaftliche Stabilität aufrecht zu erhalten, und nicht dazu, einen progressiven gesellschaftlichen Wandel zu fördern. Ihre Mission war und ist in der Regel, die schlimmsten Missstände zu lindern und nicht die Ursachen von gesellschaftlichen Problemen zu beheben.

Die Hoffnung wäre unbegründet, gäbe es nicht eine wachsende Zahl von (vor allem jungen) Stiftungen in Ländern wie Großbritannien, den Vereinigten Staaten und Deutschland, die mit dieser Tradition brechen und einen Paradigmenwechsel vollziehen: Statt Almosen zu geben und Symptome zu behandeln, packen sie die Ursachen an der Wurzel. Dieser Trend wird im englischsprachigen Raum als »social change philanthropy« oder als »social justice philanthropy« bezeichnet. Wir bezeichnen diesen Ansatz als »Geben für gesellschaftlichen Wandel« oder »progressive Philanthropie«.

## **Wandel statt Almosen**

Progressive Philanthropie lehnt das Spenden als Hilfe in der größten Not nicht ab. Den Opfern von Naturkatastrophen, Hunger und Krieg mit dem Hinweis auf strukturelle Ursachen in ihrer Notlage nicht zu helfen, wäre zynisch. Aber progressive Philanthropie legt größten Wert darauf, über die erste Hilfe hinaus auch die Ursachen der Missstände zu bekämpfen.

Damit denkt sie die aus der Entwicklungszusammenarbeit bekannte Idee der Hilfe zur Selbsthilfe konsequent weiter. Im Hinblick auf die Empfehlung, den Hungernden das Fischen zu lehren, anstatt ihnen jeden Tag Fisch zu geben, weist Professor Dieter Rucht pointiert auf die Grenzen des Prinzips Selbsthilfe hin: »Was aber, wenn den Fischern der Zugang zum See verwehrt wird, weil dieser in Privatbesitz ist? Oder wenn die Fische durch Chemikalien vergiftet sind? Oder die Fischer für einen Hungerlohn auf einem Boot

arbeiten müssen, das ihnen nicht mehr gehört?« Hilfe zur Selbsthilfe ist zum Scheitern verurteilt, wenn die ökonomischen, rechtlichen oder politischen Rahmenbedingungen einer Gesellschaft auf Ungerechtigkeit gepolt sind.

### **Der Staat bleibt in der Pflicht**

Philanthropie kann die staatliche Umverteilung und die Finanzierung öffentlicher Güter wie Schulen und Krankenhäuser weder ersetzen, noch sollte sie diese Aufgaben überhaupt übernehmen. Das philanthropische Handeln von Vermögenden und Stiftungen unterliegt weder einer breiten demokratischen Willensbildung noch einer wirkungsvollen institutionalisierten Kontrolle. Die Steuerung bleibt – abgesehen von Impulsen aus den gesetzlichen Regelungen zur Gemeinnützigkeit – dem Markt überlassen. Die sich seit Jahrzehnten zuspitzende Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen verleiht den ökonomisch Privilegierten auch noch die Möglichkeit, mit Geld und legitimiert durch die »gute Tat« erheblichen Einfluss auf gesellschaftliche Prozesse zu nehmen. Mit der demokratischen Grundannahme, dass jeder Bürger und jede Bürgerin eine Stimme hat, lässt sich das immer weniger in Einklang bringen.

Selbst wenn es über ein reformiertes Stiftungs- und Spendenrecht gelänge, die demokratischen Defizite aufzufangen, wird Philanthropie doch nie ersetzen können, was der Staat an öffentlichen Gütern bereitstellt und an sozialen Ausgleich organisiert. Nach Angaben des Johns Hopkins Projekts betrug 1995 (aktuellere Zahlen liegen bislang nicht vor) in Deutschland der Anteil, den Stiftungen und Spenden zur Finanzierung des dritten Sektors beitragen, nur 3,4 Prozent. Selbst in den USA beträgt dieser Anteil lediglich 10 Prozent, ist also weit davon entfernt, staatliche Umverteilung zu ersetzen.

### **Progressive Philanthropie ist parteiisch**

PhilanthropInnen – darüber besteht große Einigkeit – machen sich das Wohl aller zur Aufgabe. Wegen dieser Prämisse Stiftungen als unpolitische Organisationen zu betrachten, wäre ein Irrtum, weil sich das Allgemeinwohl nicht objektiv bestimmen lässt. Es wird abhängig von normativen Grundüberzeugungen gesellschaftlich ausgehandelt. Stiftungen sind also immer politisch, weil ihr Handeln auf die Gestaltung des öffentlichen Lebens gerichtet ist.

Progressiv wird Philanthropie dann, wenn sie nach gesellschaftlichem Fortschritt sucht, der eine möglichst gleiche Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger an ökonomischen, sozialen und politischen Prozessen ermöglicht. Progressive Philanthropie zeichnet sich dadurch aus, Partei für die vermeintlich Schwachen zu ergreifen und sich klar in einem

»Dafür« oder »Dagegen« zu positionieren. Dabei sind die Positionen nicht parteipolitisch festgelegt. Im Gegenteil, Stiftungen haben die Freiheit, sich über die Grenzen von Parteien, Kirchen und Gewerkschaften hinweg in sich wandelnden Bündnissen zu organisieren.

### **Mittel und Ziele sollen sich entsprechen**

Die gewählten Methoden der progressiven Philanthropie sind nicht beliebig. Sie sind gekennzeichnet durch den Grundsatz, dass sich Ziele und Mittel entsprechen müssen. Der gesellschaftliche Fortschritt soll mit gewaltfreien und demokratischen Mitteln erreicht werden. Die ProtagonistInnen für einen Wandel und die sie unterstützenden Stiftungen sollen dabei transparent arbeiten und eine Beteiligung derjenigen ermöglichen, die betroffen sind. Denn Stiftungen sind, anders als Parteien und Vereine, an keinerlei rechtliche Vorgaben gebunden, sich demokratisch zu organisieren oder ihre Finanzierung offenzulegen.

Aus der Entsprechung von Ziel und Mittel ergibt sich auch, dass progressive Stiftungen ihr Vermögen so anlegen, dass es die eigenen Zwecke befördert oder zumindest nicht konterkariert. Es gibt im Bereich der ethisch-nachhaltigen Geldanlage eine ganze Reihe von Produkten, die fortschrittlichen Zielen dienen und den klassischen Anlagekriterien von Sicherheit, Liquidität und Rendite genügen.

In Deutschland arbeiten einige Stiftungen bereits seit Mitte der achtziger Jahre im Sinne dieser Prinzipien. In den letzten Jahren gab es eine Reihe von Neugründungen und seit Anfang letzten Jahres beginnen sich diese Stiftungen zu vernetzen. Der Stiftungstag in Frankfurt ist das erste gemeinsame öffentliche Auftreten dieser Stiftungen. Zusammen werden sie ihre Stärke erst entwickeln, wenn ihnen der Spagat zwischen eigenem Profil und gemeinsamen Handeln gelingt. Dann können sie ausspielen, was Stiftungen ausmacht: in finanzieller Unabhängigkeit mutige Schritte für gesellschaftlichen Fortschritt wagen.

*Felix Kolb ist Mitgründer der Bewegungsstiftung. Jörg Rohwedder ist Geschäftsführer der Bewegungsstiftung.*